

### Der Ernährungsrat.

Die letzte Sitzung des Arbeitsausschusses des Ernährungsrates hat sich vor allem mit der Ausgestaltung seiner Statuten beschäftigt. Durch die Umgestaltung des Amtes für Volksernährung in ein Ministerium ist die Frage, welche Aufgabe dann der Ernährungsrat ausüben wird, dringend geworden. Die Beschlüsse richten sich nach zwei Seiten. Einmal wird es, wie E l d e r s c h eingehend ausgeführt hat, bitter empfunden, daß der Ernährungsrat vom Amt für Volksernährung wohl zu den Beratungen herangezogen werde, daß dann aber seine Beschlüsse einfach verleugnet werden wie es nicht nur bei der Kartoffelversorgung der Fall war. Erstes Menschen geben sich zu Beratungen, die kein praktisches Resultat haben, nicht her, vor allem, weil ja alle in Frage kommenden Mitglieder mit anderen Arbeiten überlastet sind. Dr. L a u s c h e sieht in der mangelhaften Teilnahme der Mitglieder an den Beratungen — viele Ausschüsse sind oft nicht beschlußfähig — ein Versagen der Teilnahme, während bei der Schaffung des Ernährungsrates jedes Ausschussmandat einen Kampf hervorgerufen hat. Es sei außerdem zu bebauern, daß auf der Tagesordnung fast ausschließlich Initiativanträge der Mitglieder stehen, das Amt selbst aber nicht seine Verordnungen vorlege. Emmy F r e u n d l i c h erblickt in der mangelhaften Führung, die das Amt für Volksernährung bei den Geschäften des Ernährungsrates bekundet, das größte Hindernis. Es sei ausgeschlossen, daß wir zu irgend einem Erfolg kommen, wenn jedes Mitglied einfach, weil ihm irgend eine Sache dringend und aktuell vorkommt, die aber oft schon durch Verordnungen geregelt ist — einmal mußten wir einen Antrag über die Obstversorgung über uns ergehen lassen, trotzdem die Obstversorgung schon geregelt war —, Anträge in unheimlicher Zahl auf den Tisch des Hauses wirft und die Tagesordnung verammelt, ohne daß die wertvollen und entscheidenden Maßnahmen des Ernährungsdienstes auch nur gestreift werden können. A n d r a t s c h l e erblickt in der Größe des Ernährungsrates ein Uebel. Eine so große Körperschaft könne nicht mehr praktische Arbeit leisten, es müßte wenigstens die wichtigste Arbeit in die Ausschüsse verlegt werden.

Es wird ein Comité eingesetzt, dem L a u s c h e, A n d r a t s c h l e, S o n n t a g, F r e u n d l i c h und L u t s c h angehören und das neue Statuten ausarbeiten soll, die der nächsten Plenarversammlung vorzulegen sind.

Zu einer sehr interessanten Debatte kam es bei einem Antrag M a t u s c h, der die Einrichtung eines guten Pressedienstes im Volksernährungsamt verlangt. Vor allem muß festgestellt werden, daß die Berichte über die Tagungen des Ernährungsrates der Zensur der Pressekommission im Ministerratspräsidium unterliegen und daß nur veröffentlicht werden darf, was die Zensur erlaubt. Mit Neid blicken die Journalisten des Amtes auf die Berichte der Arbeiter-Zeitung, die ohne diese Zensur erscheinen dürfen. Allgemein wurde die Forderung erhoben, daß die Verhandlungen des Ernährungsrates öffentlich tagen müssen, wie es ja die Verhandlungen des Ernährungsausschusses im Parlament auch sind. Auch dort werden Dinge verhandelt, die vielleicht nicht weniger informativ für das Ausland sind als die Verhandlungen des Ernährungsrates. Bei dieser Debatte kamen vor allem aber die bürgerlichen Zeitungen fast ausnahmslos sehr schlecht weg. Von allen Seiten wurde festgestellt, von bürgerlichen Konsumentenvertretern ebenso wie von den Agrariern, daß die Aufklärungsarbeit der meisten bürgerlichen Zeitungen darin bestanden hat, über die Maßregeln zu jammern, die den besitzenden Klassen irgend eine Beschränkung auferlegt haben. Der Jammer um das verlorene Schnitzel und um die schlecht beleuchtete Wohnung wird immer als Denkmal für den Pressedienst in Ernährungsfragen, wie ihn vor allem die „Neue Freie Presse“ aufweist, kennzeichnend bleiben. Es wurde lebhaft bedauert, daß die meisten

der bürgerlichen Zeitungen ihre Mitarbeit darauf beschränken, die wildesten Sensationsnachrichten zu verbreiten, die oft die direkte Ursache für das Versagen des Ernährungsdienstes geworden sind, wie an zahlreichen Beispielen nachgewiesen wurde, oder in den Jammer, daß auch die reichen Leute nicht mehr so gut leben dürfen wie im Frieden, einstimmen, anstatt gerade diesen Kreisen die Erfüllung dieser Bestimmungen zu predigen. Von einer Reihe von Rednern wurde betont, daß die Aufklärung über die Pflichten der Bevölkerung im Kriege endlich einmal in den besitzenden Kreisen verbreitet werden sollte, denn dort mangle es immer noch an jedem Ernst und an jedem Verantwortlichkeitsgefühl. Man erkennt auch an, wie gut die Arbeiterschaft im Gegensatz zu den bürgerlichen Kreisen unterrichtet wird und wie ernst und verantwortungsvoll die Presse der Arbeiterschaft die Ernährungsfragen behandelt. Ein kleines Subcomité, L a u s c h e, M a t u s c h, F r e u n d l i c h und M a t i e r s k i r c h e n, hat anschließend an die Tagung des Arbeitsausschusses einen Antrag ausgearbeitet, der das Ergebnis dieser Debatten zusammenfaßt. Die wertvollste Maßnahme wäre aber, daß endlich die Verhandlungen des Ernährungsrates veröffentlicht werden. Vielleicht könnte sich dafür einmal das Parlament interessieren. Eine Zensur in dem Ausmaß, wie sie an den Berichten des Ernährungsrates geübt wird, ist mehr als ein Skandal; es ist ein Verbrechen, denn man verhindert die Aufklärung der Bevölkerung über die Verhältnisse im öffentlichen Ernährungsdienst.